

„Die EU-Erweiterung im Kontext der transatlantischen Beziehungen“

Vortrag des Präsidenten des Bundesrates und Thüringer Ministerpräsidenten Dieter Althaus bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 21. Januar 2004 im Westin Embassy Hotel in Washington D.C.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass die Konrad Adenauer Stiftung hierher eingeladen hat, um mir am Ende meines kurzen Aufenthaltes in Washington die Möglichkeit zu geben, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen – über ein Thema, das für die Zukunft Europas, für die Zukunft der transatlantischen Beziehungen, aber auch für die Zukunft einer friedvollen und freiheitlichen Entwicklung in unserer einen Welt von ganz besonderer Bedeutung ist.

Als jemand, der, das ist in der Biografie ganz kurz angesprochen worden, seit 1989/90 politisch aktiv ist, geboren und aufgewachsen jenseits der Grenze, also in der nicht-freien Welt, will ich ganz kurz sagen: Eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und den Zerfall des Kommunismus, war, dass die Bundesrepublik Deutschland frühzeitig – durch die Westintegration, die Einbindung in die NATO und die enge Freundschaft mit den Vereinigten Staaten – dafür gesorgt hat, dass die Voraussetzungen geschaffen waren, um zu dem Zeitpunkt, als der Kommunismus wirtschaftlich und menschlich zusammenbrach, die Zukunft zu gestalten.

Ich bin bis heute, auch 14 Jahre danach, dankbar, dass ich zu einer Generation gehöre, die zum ersten Mal seit vielen Jahrzehnten in einem Zeitalter gestalten darf, in dem Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit, Solidarität, und Subsidiarität, Menschenwürde nicht nur als Prinzipien für politische Ausrichtungen zur Verfügung stehen, sondern dass sie in weiten Teilen unserer Welt auch tagtäglich ordnungspolitisch umgesetzt werden. Ich meine, es ist eine wesentliche Voraussetzung für eine gute Zukunft: dafür zu sorgen, dass es auf dieser Welt starke Partner gibt, die in der Globalisierung auch die Chance sehen, die soziale Entwicklung zu verbessern und Armut zu bekämpfen. Hier liegt eine gemeinsame Verantwortung, die Verantwortung der Deutschen, der Europäer – auch und gerade angesichts der Osterweiterung – und der Amerikaner.

An dieser Stelle darf es keine Doppelwege geben. Wenn wir die Aufgabe wahrnehmen wollen, die Chancen der Globalisierung in unserer „einen Welt“ zum Fortschritt für möglichst alle zu nutzen, dann muss es ein enges und auch ein neugeordnetes transatlantisches Miteinander geben.

In diesen Tagen hier in Washington – nach den Gesprächen, gerade auch nach der gestrigen Rede des Präsidenten – wird mir einmal mehr deutlich, dass Zukunftspolitik nicht von einem abstrakten Plan lebt, sondern vor allen Dingen von den Menschen, die Pläne für die Zukunft überlegen und diese Überlegungen menschlich ausgestalten. Deshalb bin ich auch dankbar, dass gerade die junge, die nachwachsende Generation, die Selbstverständlichkeit des Miteinanders lebt.

Jugendaustausch, das Studieren in Europa, in Amerika, wechselseitig, das Kennenlernen der unterschiedlichen Kulturen und das Feststellen gemeinsamer Werte – das ist, glaube ich, das Entscheidende, um dauerhaft aus diesem Netzwerk die Kraft zu gewinnen, dieses Europa in seiner menschlichen Dimension auch wirtschaftlich sozial stark zu machen.

Bei meinen Gesprächen hier in Washington ist sehr deutlich geworden, dass die Chancen, die wir haben, groß sind, dass aber auch Risiken auf diesem Weg bestehen.

Überall, wo Sie mit jungen Menschen ins Gespräch kommen, spüren Sie die Sorge, dass die demokratischen Staaten dieser Welt, so wie Amerika und so wie Deutschland und die Staaten Europas, möglicherweise die Risiken unterschätzen, die gegen diese Demokratie wachsen. Die Risiken, die gegen die Demokratie wachsen, liegen nicht in den Strukturen, die Sorge gilt vor allen Dingen dem Risiko, unfähig zu sein, die sozialen Probleme in der Welt zu lösen. Unfähig zu sein, die Länder Lateinamerikas, ganz besonders Afrikas, die Länder Asiens, in ihrem Willen mitzunehmen, ebenfalls Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu entwickeln. Die Globalisierung, gerade auch in Folge der Informationsgesellschaft, die uns miteinander verbindet und enger zueinander führt, bringt das zwangsläufig mit sich. Und ich sage: Gott sei Dank, dass wir diese Chance nutzen können, um für soziale Entwicklungen entsprechende Quellen zu erschließen.

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai dieses Jahres wird ein weiterer Schritt gesetzt, um mit einem größeren Binnenmarkt, dem größten Binnenmarkt der Welt, zusammen mit Amerika und anderen Staaten Kraftquelle zu sein – Kraftquelle, um die Entwicklungen in den anderen Regionen dieser Welt zu unterstützen und zu fördern.

Es kommt aufs Lernen an, es kommt auf Wissen an. Das heißt, den Drang der Menschen zu fördern, herauszufordern, sich auf Neues einzulassen. Sich zwar auf den Fundamenten der Geschichte zu

bewegen, aber trotzdem auf Neues neugierig zu sein. Das ist, glaube ich, die Chance, die wir mit großer Begeisterung zur Kenntnis nehmen, aber auch nutzen müssen.

Wenn Sie mit Unternehmern und mit Politikern Gespräche führen oder sich zum Beispiel in diesen Monaten immer wieder im asiatischen Raum aufhalten, hören Sie von den besonderen Interessen, zum Beispiel der Chinesen, dabei zu sein, zu lernen, nachzuvollziehen, neue Wege zu gehen. Und ich glaube, dass dieses Interesse, das sich ja insbesondere durch die Jugend entwickelt, eine ganze besondere Chance ist. So dass dieses Europa mit der Osterweiterung wie ein Katalysator sein kann, um auch mit Blick auf die Entwicklungen in Asien, nach Mittel- und Südosteuropa, in den arabischen Raum positive Signale zu setzen und Entwicklungen zu fördern.

Denn eines ist – nach den Erfahrungen der letzten Jahre – ganz offensichtlich, sogar existenziell offensichtlich: Probleme, Problemregionen in unserer „einen Welt“ sind nicht isoliert, sondern sie sind in ihren Wirkungen immer auch global. Wir müssen – und ich finde, das ist eine besondere Chance – unsere ordnungspolitischen Vorstellungen miteinander besprechen und mit Blick auf Werte und Strukturen Gemeinsames definieren. Und wir müssen dafür sorgen, dass den möglicherweise Demokratie und Sicherheitsempfinden der Menschen zuwider laufenden Tendenzen – zum Beispiel dem internationalen Terrorismus – der Boden entzogen wird. Der Boden wird nicht durch Rhetorik entzogen, sondern durch harte Arbeit.

Ich glaube, dass die Zentrallage Europas eine besondere Chance bietet, diese Brückenfunktion wahr zu nehmen, und ich vergleiche das mit der Brückenfunktion, die wir mit der Wiedervereinigung erfahren haben. Die neuen Länder innerhalb Deutschlands haben einen unvergleichbaren Aufschwung und in den dreizehn, fast vierzehn Jahren eine unvergleichbare Entwicklung genommen. Dies war möglich, weil die Basis für eine gute soziale Marktwirtschaft in Westeuropa und in Westdeutschland gegeben und auch erprobt war.

Trotz aller Probleme, die bis heute bestehen, kann man bereits sagen, dass diese Wiedervereinigung eine Erfolgsgeschichte war – menschlich, politisch, wirtschaftlich, sozial, im Blick auf die Umwelt. Und ich finde, dass diese Erfolgsgeschichte auch ein nächstes Kapitel erfordert, und dieses Kapitel liegt mit der Entwicklung der neuen Staaten, die zur Europäischen Union hinzukommen, aufgeschlagen vor uns. Wir müssen es beschreiben und gestalten.

Die Europäische Union ist mehr als eine Zweckgemeinschaft, sie ist eine Staatengemeinschaft, die eine ganz intensive Wirtschaftsbindung lebt, die Voraussetzung ist, um Entwicklungen zu

generieren. Sie ist aber auch eine Wertegemeinschaft. Deshalb sind die kulturellen Gemeinsamkeiten, die sich historisch offen darstellen, eine wichtige Basis. Wir haben, wenn man nach Prag schaut, nach Warschau, nach Budapest, in die baltischen Staaten, überall europäische Geschichte zum Anfassen. Und auch wenn über Jahrzehnte durch den Kommunismus der Eindruck entwickelt wurde, man könne eine solche Geschichte abschütteln, man könne neue Geschichte schreiben und dabei die Historie aus dem Blick verlieren und könne auch neue kulturelle Identitäten entwickeln, hat doch unsere und auch meine eigene Geschichte bewiesen: Gott sei Dank ist die menschliche Prägung tiefer angelegt, und auch die gesellschaftliche Orientierung bezieht sich auf grundlegendere Elemente. Deshalb ist das, ich sage einmal, wie ein Schub vorbeigegangen, aber die Strukturentwicklung muss nachvollzogen werden – um dort eine entsprechende Infrastruktur, Wirtschaftsentwicklung, soziale Entwicklungen noch weiter voran zu bringen.

Ich sehe gerade auch als Vertreter eines jungen Landes, der selber noch genügend Probleme zu lösen hat, für die deutschen Länder und die Bundesrepublik Deutschland insgesamt, in der Abwägung viel mehr Chancen als Risiken – Chancen sowohl für die zehn Länder, die beitreten, als auch für die Entwicklung insgesamt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kalte Krieg, der natürlich dazu geführt hat, dass sich Lager entwickelt und voneinander getrennt haben, hat eine ganze Reihe von Fehlentwicklungen gefördert. Eine Fehlentwicklung ist, dass man die Souveränität von Völkern nicht mehr ernst genommen hat, dass man glaubte, gesellschaftlich zwangsvereinigen zu können. Die Sowjetunion ist ein gutes Beispiel dafür – oder besser noch: ein schlechtes Beispiel. Deshalb glaube ich, dass man solche Fehlentwicklungen für die Weiterentwicklung der Europäischen Union, aber auch für die Entwicklung einer globalisierten Welt von vornherein ausschließen muss. Wir haben Fehlentwicklungen gehabt und können daraus lernen.

Die zweite Fehlentwicklung: Immer dann, wenn Ideologien als Grundlage gewählt werden, scheitert das Projekt. Es scheitert wirtschaftlich, menschlich und vor allen Dingen auch sozial. Wir haben nach diesem, nach dem letzten Jahrhundert, gerade aus deutscher Sicht die Erfahrungen gesammelt, dass Ideologien die Menschen zum Elend führen. Auch da kann man auf das transatlantische Bündnis und die Freundschaft ein Stück stärker Bezug nehmen. Es war die freie Welt, es waren die USA, die – vor allem mit Großbritannien, Frankreich und der Sowjetunion – dafür gesorgt haben, dass der Nationalsozialismus in die Knie gegangen ist. Thüringen, auch das will ich sagen, war amerikanisch befreit, und erst auf Grund alliierter Übereinkunft sind wir zum so genannten Ostblock gekommen.

Und ein Drittes: Es braucht Netzwerke, die sich eben nicht ideologisch ausrichten, sondern die versuchen, möglichst alle demokratischen Staaten miteinander in eine gemeinsame Verantwortungspartnerschaft zu bringen. Deshalb hoffe ich auch, dass mit der europäischen Erweiterung – und ich bin relativ sicher, dass das auch geschieht – ein Impuls verbunden ist: für die Stärkung eines europäischen Sicherheits- und Verteidigungsprozesses, aber gleichzeitig für eine Stärkung dieses Prozesses gemeinsam mit der NATO.

Es darf keinen eigenen Weg geben, der zum einen die Geschichte aus dem Blick lässt und zum anderen die Realitäten nicht zur Kenntnis nimmt. Dieses Netzwerk NATO hat in den letzten Jahrzehnten dafür gesorgt, Sicherheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu erhalten. Es ist inzwischen auch dazu in der Lage, wenn wir es gut weiterentwickeln, zu intervenieren, wenn ethnische Konflikte, wenn Menschenverachtung, Menschenvernichtung in anderen Regionen auf der Tagesordnung stehen.

Ich bin also für eine neue, weiterentwickelte Sicherheitsausrichtung Europas, aber ich bin auch dafür, dass wir dies nicht losgelöst neben der NATO realisieren, sondern mit der NATO gemeinschaftlich realisieren. Das schließt mit ein, dass man sich in schwierigen Fragen dem Dialog etwas länger widmet. Denn eines ist auch die Erfahrung der letzten Jahre: Die Diplomatie bleibt weiter herausgefordert, den Dialog so lange weiter zu führen, bis möglichst eine gemeinschaftliche Entscheidung herbeigeführt ist.

Ich bin relativ sicher, dass dieser Entwicklungsprozess durch die Staaten, die am 1. Mai 2004 zu uns kommen, gerade auch im Blick auf das transatlantische Bündnis und die NATO eher gestärkt wird.

Und ich glaube, noch etwas ist aus den Erfahrungen, den Verwerfungen und Fehlentwicklungen des letzten Jahrhunderts als Botschaft zu lernen: Die Zukunft einer globalisierten Welt kann man am besten dann gestalten, wenn man sich in eine positive Abhängigkeit begibt. Es kommt nämlich, wenn man es nicht tut, zu einer Auswahl: Man sucht sich die Freiheiten heraus, die einem als Staat oder als Bürger am besten gefallen. Man kann sich aber in einer offenen Gesellschaft, in einer globalisierten Welt nicht die Freiheiten aussuchen.

Wir haben, Gott sei Dank, die politische Freiheit in Deutschland, in Europa, in Amerika, den Weg mitzubestimmen. Wir haben die persönliche Freiheit, wir haben aber damit auch die wirtschaftliche

Freiheit. Und nun meinen manche, man könne dafür sorgen, dass in anderen Staaten und auf anderen Kontinenten politische und persönliche Freiheiten wachsen, aber die wirtschaftliche Freiheit, die könne man sozusagen ein Stück eingrenzen.

Deswegen glaube ich, mit dieser europäischen Erweiterung muss auch eine Stärkung des fairen und freien Handels verbunden sein. Und das heißt auch, dass dieser faire und freie Handel nicht nur im Binnenmarkt gilt – das ist selbstverständlich –, sondern dass wir unsere Entwicklungsmöglichkeiten, unsere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen nutzen, um anderen Ländern bessere Chancen als bisher zu geben. Protektionismus fängt immer dann an, Wirklichkeit zu werden, wenn es um Besitzstandswahrung geht. Das Projekt der Globalisierung bedarf aber nicht vor allem derer, die an Besitzstandswahrung denken, sondern vor allem derer, die aus dieser Inselmentalität heraustreten und sich Neues überlegen, um das Netzwerk enger zu spannen.

Das hat in Europa in den letzten vierzig, fast fünfzig Jahren eine positive Entwicklung gefördert, ich denke nur an den Aussöhnungsprozess zwischen Deutschland und Frankreich. Ich denke an den europäischen Einigungsprozess im Blick auf die inzwischen gut vollzogene Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft. Er kann durch die Osterweiterung mit neuen Impulsen versehen werden. Und die Binnenmärkte – wie dann der europäische, der amerikanische, der asiatische – können, glaube ich, zu Impulsgebern der wirtschaftlichen Entwicklung insgesamt werden.

Das heißt, ich spreche mich gegen europäischen Isolationismus aus. Ich will sehr deutlich sagen: Die Gefahr, dass er den Europäern eher schaden würde, wäre sehr groß. Europa befindet sich in einer Entwicklung, die zwar noch mit unterschiedlichen Wohlstandssituationen verbunden ist, aber für die übergroße Mehrheit der Europäer eine sehr positive soziale Wohlstandsentwicklung fördert.

Ich glaube, dass die europäische Erweiterung dazu Beiträge liefert. Und diese Stärkung muss dazu führen, dass wir unsere Binnenmarktfunktion eben auch als Entwicklungsfunktion innerhalb unserer Welt nutzen.

Amerika und Europa tragen dann, auch und gerade nach dieser Erweiterung, noch stärker dazu bei, Bindemittel für Entwicklungen zu sein. Natürlich weiß ich, dass wir insgesamt – um mit Max Weber zu sprechen – dicke Bretter bohren müssen, aber dazu ist Politik aufgefordert, dass sie eben nicht dem Zeitgeist folgt oder meint, durch kurzfristige Entscheidungen umfassende oder auch langfristig tragfähige Entwicklungen fördern zu können.

Eine Voraussetzung ist, dass wir Europa mit der Erweiterung nicht isolieren, sondern weiter definieren und dass wir diese Definition auch nach außen sichtbar machen. Henry Kissinger hat das Problem mit einer etwas spöttischen Bemerkung einmal so charakterisiert: Welche Telefonnummer hat Europa? Das kann man auf mehr beziehen als nur auf die Entwicklung, die er gemeint hat.

Es geht also auch darum, wie definiert sich dieses Europa? Es ist ein Rückschlag, dass der Verfassungsvertrag nicht erfolgreich auf dem Weg geblieben ist. Ich hoffe sehr, dass in den nächsten Wochen umfassende Bemühungen stattfinden, diesem Verfassungsvertrag wieder mehr Zukunftsfähigkeit zu geben und ihn auf den Weg zurückzubringen. Es ist eben auch wichtig, dass die Telefonnummer im Blick auf Sicherheitsentwicklungen, Verteidigungsentwicklungen sichtbar wird, dass sich diese „Telefonnummer“ auch anrufen lässt, dass sie innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft mit der NATO weiter entwickelt wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich kann man mit der europäischen Erweiterung auch ein wichtiges Signal verbinden: Ein Signal, das politisch und wirtschaftlich bei den Menschen ankommt. Es geht um eine Weiterentwicklung des Wohlstandes, eine Weiterentwicklung der individuellen sozialen Bedingungen. Ich verstehe, dass zum einen Unternehmen in Thüringen, in den anderen jungen Ländern und in ganz Deutschland vor dieser Erweiterung Sorge haben, weil sie befürchten, möglicherweise könnten Wettbewerber auftreten, die aufgrund einer anderen Lohnentwicklung, aufgrund einer anderen Sozialausprägung des entsprechenden Landes auf dem Wirtschaftsmarkt erfolgreicher sein könnten. Aber auch wenn ich diese Sorgen sehe, glaube ich zum anderen, dass die Chance größer ist, die unterschiedlichen Entwicklungsniveaus als kreatives Potenzial zu nutzen.

Ich vergleiche auch das mit der Entwicklung nach der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes. Es war wesentlich, dass aufgrund unterschiedlicher Bedingungen – zum Beispiel im Blick auf die Löhne – wirtschaftliche Impulse ausgelöst wurden, Strukturwandel vollzogen werden konnte, Infrastruktur ausgebaut wurde. Und es zeigt sich in den letzten Jahren, dass ein Entwicklungsprozess dadurch initiiert wurde, der positive Folgen hatte: Wachstum, ich hoffe, in den nächsten Jahren auch ein stärkerer Rückgang der Arbeitslosigkeit, und es hat sich eine Wirtschaftsstruktur entwickelt, die stark technologisch ausgeprägt ist. Das heißt, auf die Qualifikation der Menschen setzen, um solche Entwicklungen zu initiieren, um diese positiven Wirkungen zu erzielen, ist sicher auch eine ganz wesentliche Aufgabe, die mit der EU-Erweiterung verbunden ist.

In der Folge wird es dazu kommen, dass weitere Regeln der Europäischen Union, später dann zum Beispiel die gemeinsame Währung, Platz greifen. Die Voraussetzung ist aber erst einmal eine solide wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Strukturen zu schaffen, die für die Währung auch den entsprechenden Rahmen bieten, so dass sich keine Probleme ergeben – eine Isolation etwa oder eine Arbeitslosigkeit in übermäßigem Maße.

Deshalb glaube ich, dass die EU-Osterweiterung ein Stück nachvollzieht, was mit der Wiedervereinigung in diesem Europa – Gott sei Dank – aufgrund der jahrzehntelangen Freundschaft zwischen dem freien Europa, Deutschland und Amerika möglich geworden ist, nämlich umfassend Demokratie aufzubauen, und dass diesem ersten Schritt von 1990 jetzt folgerichtig ein zweiter folgt. Man kann darüber diskutieren, ob es richtiger gewesen wäre, noch unterschiedliche Geschwindigkeiten einzuführen, darüber gab es Debatten und es gibt auch gute Argumente dafür. Aber ich glaube, wenn man jetzt die Entscheidung hat und jetzt auch gemeinsam die Vorbereitungen zum Beispiel für die europäischen Wahlen am 13. Juni dieses Jahres trifft, dann sollte man diesen Schritt auch mutig und mit Optimismus, aber eben auch mit einer klaren Bestimmung gehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Europa muss auch dazu beitragen, dass sich die Entwicklung an anderen Stellen dieser Welt positiv gestaltet.

Bei den Gesprächen hier in Washington ging es natürlich auch darum, wo man Impulse finden und nutzen kann, um zum Beispiel die Demokratie im Irak aufzubauen, Strukturen für eine wirtschaftliche Entwicklung neu zu schaffen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und am Ende auch im Irak Eigenverantwortung wachsen zu lassen. Die Sorgen, die uns alle in den letzten Tagen und Wochen umtreiben, dass wir zu wenig tun, um Menschen Perspektiven zu geben, sind offensichtlich. Sie sind auch leider begründet. Um so mehr ist, glaube ich, auch die Europäische Union, auch die erweiterte Europäische Union, aufgerufen, etwas Spezifisches beizutragen – zum Beispiel für den Aufbau von Demokratie. Jeder hat doch andere Möglichkeiten. Es sind häufig menschlich orientierte Möglichkeiten. Sei es im Blick auf die soziale oder gesundheitliche Für- und Vorsorge, im Blick auf den Umbau von Infrastruktur und die Weiterentwicklung von Infrastruktur, im Blick auf den Neuaufbau einer Wirtschaft, die die eigenen Quellen, die die eigenen Möglichkeiten nutzt oder weitere. Insofern hoffe ich, dass auch da nicht zurückgeschaut wird, in Deutschland und Amerika, zwischen Europa und Amerika, sondern nach vorn geschaut wird.

Heute hat ein Gesprächspartner das als Zukunftsplan, als nach vorn weisenden Plan bezeichnet. Ich glaube, wir haben dort auch eine symbolische Chance, neben der ganz realen, die sich für den Irak und, wie ich hoffe, für den ganzen dortigen Raum dort ergibt; eine symbolische Chance, deutlich zu machen, dass wir diese Projekte miteinander gestalten können. Als Europäer, als Amerikaner, als Deutsche.

Dort Frieden und Stabilität einzubringen, würde beweisen, dass wir gemeinsam handlungsfähig sind. Wir brauchen diese Handlungsfähigkeit, die sich auch an ordnungspolitischen Prinzipien orientiert.

Dass heißt, wir brauchen die ganz enge Partnerschaft zwischen Europa und den Vereinigten Staaten. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, die „State of the Union“-Rede am gestrigen Abend hat deutlich gemacht, dass hier die Politik insgesamt noch einen Arbeitsauftrag hat, um es sehr zurückhaltend zu formulieren. Ich bin der Meinung, wir müssen uns diesem Arbeitsauftrag widmen. Denn ein Europa, das sich wieder trennt, das bei wichtigen, existenziellen Fragen möglicherweise in unterschiedliche Positionen zerfällt, hat neue Chance, diese sozialen Entwicklungen, die wirtschaftlichen Entwicklungen gemeinsam voran zu bringen, die wir brauchen, um unser Netzwerk für die Entwicklung innerhalb unserer Welt zu organisieren.

Das heißt, dieses gute deutsch-amerikanische Verhältnis hat man nicht zu Unrecht einmal die ungeschriebene zweite deutsche Verfassung genannt. Sie war in der Geschichte der letzten Jahrzehnte wichtig, um die Entwicklung im freien Deutschland zu befördern, um die Voraussetzung für die Wiedervereinigung möglich zu machen. Um die Chance für den Wiederaufbau, die Umstrukturierung neuer Länder zu organisieren. Sie ist genau so wichtig für den nächsten Schritt: die Erweiterung dieses Europas.

Natürlich hat der 11. September 2001 diese Welt verändert – auf dramatische Weise. Wir mussten feststellen, dass man eben nicht Insellösungen schaffen kann, sondern dass wir dafür Sorge tragen müssen, denen den Boden zu entziehen, die das Miteinander nicht organisieren wollen, sondern alles versuchen, um das Gegeneinander zu strapazieren und es für sich persönlich oder als Gesellschaft auszunutzen. Ich spreche vom internationalen Terrorismus. Hier liegt eine gemeinsame Aufgabe, die eben auch nur transatlantisch, europäisch-amerikanisch, amerikanisch-europäisch gelöst werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass deshalb die Erweiterung der Europäischen Union für die Entwicklung dieser Länder einen ganz realen Effekt mit sich bringt. Und ich bin dankbar, dass heute auch Vertreter aus diesen Ländern da sind. Wir selbst bauen vor – wir haben enge Partnerschaften, historisch bedingt zum Beispiel mit Polen und mit Ungarn, um wirtschaftlich und menschlich Brücken zu bauen. Ich glaube, das kann ein Beispiel dafür sein, wie sich unsere Welt künftig weiter entwickelt: eben diese Verantwortungspartnerschaft, an konkreten Strukturen orientiert, weiter zu entwickeln.

Christoph Bertram hat gesagt: „Die neue Zusammenarbeit kommt durch den Kopf, nicht durch den Bauch zustande.“ Das heißt, die Politik muss darauf achten, dass immer der Kopf entscheidend bleibt, dass Dialog und Gespräch wichtig bleiben. Aber natürlich geht es auch darum, welche Empfindungen es innerhalb dieser Diskussionsprozesse gibt. Insofern ist es auch wichtig, dass wir das, was wir tun, auch öffentlich darstellen, öffentlich vermitteln. Gerade in der Informationsgesellschaft ein entscheidendes Pfund, um die Akzeptanz der Demokratie zu erhalten.

Vielleicht kann ich zum Abschluss eine Erfahrung aus so einem jungen Land wie Thüringen weitergeben, die eine ganz menschliche Erfahrung ist: Die Universität Jena, eine traditionsreiche, bedeutende Universität, führt seit vier Jahren Studien durch und lässt die Menschen zu ihrer Erwartungshaltung, zu ihrer Hoffnung und zu ihrem Empfinden im Blick auf die Demokratie befragen. Erstaunliches kommt zutage, vielleicht aber auch nicht Erstaunliches: Die Demokratie ist für 77 Prozent aller die zukunftsfähige Staatsform, aber für über 50 Prozent gibt es Zweifel an der praktischen Umsetzung dieser Demokratie. Diese Zweifel werden besonders durch soziale Probleme genährt. Weil der Erfolg von Demokratie eben nicht in Seminaren vermittelt wird, sondern im realen Leben. Welche Entwicklungen kommen voran, was heißt das für jeden einzelnen. Mit Blick auf Mitbestimmung, mit Blick auf sein eigenes Leben, auf die sozialen Empfindungen.

Eine dritte Erkenntnis: Man möchte, dass in einem Land wie Thüringen, wie Deutschland, diejenigen, die opponieren, stärker mit denen, die regieren, zusammen arbeiten. Auch eine Erfahrung, die über 50 Prozent bestätigen. Diejenigen, die regieren, haben auf so eine Botschaft immer ein sehr freundliches Lächeln, denn sie freuen sich darüber, dass die Opposition aufgerufen ist, mitzutun. Aber vielleicht kommt da auch eine tiefe Empfindung der Menschen zum Ausdruck: Die Sorge eben, dass bei der Globalisierung, dass bei Tests, die für jeden einzelnen nicht mehr so ganz nachvollziehbar sind, weil es komplizierter wird, doch wenigstens ein Kompass für die Politik vorhanden ist, der gemeinschaftlich akzeptiert ist. Wenn der Kompass nach Norden zeigt, dann gibt es nicht die Frage, welchen Weg man geht, sondern eigentlich nur die Frage, welche Schritte man

setzt, um dieses Ziel zu erreichen. Diese Schritte müssen diskutabel sein, aber das Ziel darf nicht aus den Augen verloren werden.

Eines macht aber auch sehr hoffnungsvoll: In dieser Studie werden die 18- bis 24-Jährigen als die Hoffnungsträger der Demokratie bezeichnet. Das heißt, genau für die und mit denen tun wir das. Das ist eine große Chance – nicht nur für die und mit den Thüringer jungen Leuten, das ist beispielhaft. Das gilt für die Europäer wie für die Amerikaner, ich denke für alle Menschen dieser Welt, denn da gibt es Hoffnungen, dass die gemeinsamen Werte, die jeder für sich eigentlich leben möchte, auch zum Tragen kommen.

Deshalb haben mir diese Tage hier in Washington und sicher auch noch die nächsten zwei Tage in Detroit und Lansing viel gegeben, weil sie mir erneut bestätigt haben, dass wir das, was wir mit der Wiedervereinigung unseres Vaterlandes beispielhaft entwickelt haben, gemeinsam in großer Solidarität und mit Unterstützung der Amerikaner – 49 Unternehmen haben in Thüringen investiert, engste wirtschaftliche Beziehungen, viele junge Menschen aus Thüringen studieren in Amerika und umgekehrt –, dass wir diese Erfahrungen zum einen nutzen müssen, um die europäische Erweiterung miteinander zu gestalten, aber eben auch, um diese deutsch-amerikanische, europa-amerikanische Freundschaft mit noch mehr Stabilität zu versehen, mit noch mehr Prinzipientreue zu verfolgen, mit Institutionen zu stärken und uns immer intensiver dem Gespräch um den richtigen Weg zu widmen, uns aber nicht wieder auseinander zu entwickeln.

Auseinanderentwicklung und Isolation mögen kurzfristig Insellösungen mit positiven Ergebnissen produzieren, mittel- und langfristig werden in unserer Welt Insellösungen keine Erfolge haben. Europa als großer Binnenmarkt – nach dem 1. Mai mit rund 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern – und Amerika können gut dazu beitragen, dass zwei Starke miteinander dafür sorgen, dass andere in ihrer Entwicklung gestärkt und gefördert werden – den Menschen zuliebe.

Genau dazu dient der Einsatz der Politik, und wir haben in diesem Jahr 2004, so meine ich, gute Chancen, wichtige Signale für diese Gemeinsamkeit zwischen Europa und Amerika, ganz konkret auch auf die Sicherheitspartnerschaft und damit die NATO bezogen, zu organisieren. Ich wünsche uns dazu viele gute Ideen, aber besonders auch den Mut, zu handeln.
